Stand: 16.12.2025 03:27:23

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/9795

"Pflegenotstand entgegenwirken - Potenziale von Migrantinnen und Migranten nutzen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/9795 vom 28.01.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/10892 des GP vom 15.03.2016
3. Beschluss des Plenums 17/11116 vom 20.04.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 71 vom 20.04.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 28.01.2016 **Drucksache 17/9795**

Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Susann Biedefeld SPD**

Pflegenotstand entgegenwirken – Potenziale von Migrantinnen und Migranten nutzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege sowie dem Ausschuss für Bildung und Kultus zeitnah schriftlich und mündlich über die Chancen und Möglichkeiten zu berichten, eine (Alten-)Pflegehilfeausbildung speziell für Migrantinnen und Migranten mit geringen Sprachkenntnissen in Bayern zu implementieren, bei der neben der beruflichen Qualifikation ein großes Augenmerk auf dem Spracherwerb liegt – ähnlich dem baden-württembergischen Modell.

Begründung:

Nach den Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamts wird sich der Anteil der Personen, die 60 Jahre oder älter sind, bis 2060 auf 39,2 Prozent erhöhen. Gleichzeitig steigt die Anzahl der Pflegebedürftigen. Bereits heute verzeichnen wir einen Fachkräftemangel in der Pflege. Allein hier im Freistaat Bayern fehlen derzeit 34.000 Pflegekräfte. Bis 2030 werden es rund 70.000 sein. Um qualifiziertes Personal für die stationäre und ambulante Altenpflege zu gewinnen, soll das Potenzial von Migrantinnen und Migranten genutzt werden. Dabei soll ihnen durch eine Ausbildung in der (Alten-)Pflegehilfe, bei der der Sprachunterricht in die Ausbildung integriert wird, der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert und ihnen eine berufliche Perspektive in einem Zukunftsberuf geboten werden. Dies entspricht auch der Zielvereinbarung der „Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege 2012 bis 2015“, in der die Länder zugesagt haben, Initiativen zu ergreifen, um mehr Personen mit Migrationshintergrund für eine Ausbildung in der Pflege zu gewinnen.

Das baden-württembergische Modell der Altenpfleghilfeausbildung für Nichtmuttersprachlerinnen und -sprachler sieht eine zweijährige Ausbildung mit Schul- und Praxiseinheiten vor, statt der sonst einjährigen Ausbildung. Der Erwerb der deutschen Sprache ist neben der beruflichen Qualifikation ein zentrales Element der Ausbildung. Weiterhin besteht die Möglichkeit, sich durch ein Wahlpflichtfach auf den Einbürgerungstest vorzubereiten. Für die Aufnahme zur Ausbildung ist lediglich das Sprachniveau A2 des gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens nötig, was im Laufe der zweijährigen Ausbildung auf das Niveau B2 gesteigert werden soll. Weiterhin wird ein Hauptschulabschluss oder ähnlicher Bildungsabschluss vorausgesetzt, wobei im Einzelfall eine Zulassung zur Ausbildung auch ohne Hauptschulabschluss genehmigt werden kann, wenn die Schule zu einer positiven Eignungsprognose kommt. Damit eine Aufenthaltsgenehmigung zu Ausbildungszwecken erteilt werden kann, ist eine Ausbildungsvergütung, die den Lebensunterhalt sichert, zu berücksichtigen. Diese Vergütung wird von der ausbildenden Einrichtung getragen, die Schulkosten liegen beim Land. Bei erfolgreichem Abschluss wird die Berufsbezeichnung „Staatlich anerkannter Altenpflegehelfer“ bzw. „Staatlich anerkannte Altenpflegehelferin“ erworben. Dieser Abschluss berechtigt wiederum zur Aufnahme in die auf zwei Jahre verkürzte Altenpflegeausbildung.

Eine Ausbildung in der (Alten-)Pflegehilfe, die speziell für Personen mit geringen Sprachkenntnissen ausgelegt ist, birgt einen doppelten positiven Nutzen mit Gewinn für alle Beteiligten. Migrantinnen und Migranten werden in den Arbeitsmarkt integriert, sie haben in der Pflege gute berufliche Aussichten und erwerben zudem nötige Sprachkenntnisse, die wesentlich für die Berufspraxis sind, zur Integration allgemein und zur gesellschaftlichen Teilhabe beitragen. Zudem werden dadurch mehr Menschen für den Pflegeberuf gewonnen – ein wichtiger Schritt, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und qualifizierte Kräfte für die steigende Zahl der Pflegebedürftigen zu gewinnen.

In einem ersten Schritt soll die Staatsregierung nun zunächst über die Möglichkeiten, Chancen und Überlegungen ihrerseits zu einer (Alten-)Pflegehilfeausbildung für Nichtmuttersprachler berichten, auch sollen mögliche Hemmnisse beleuchtet werden und die Erfahrungen, die das Land Baden-Württemberg mit seinem Modell gemacht hat.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 15.03.2016 **Drucksache** 17/**10892**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD
Drs. 17/**9795**

Pflegenotstand entgegenwirken - Potenziale von Migrantinnen und Migranten nutzen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatterin: **Doris Rauscher**
Mitberichterstatter: **Steffen Vogel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 40. Sitzung am 15. März 2016 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Kathrin Sonnenholzner
Vorsitzende

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 20.04.2016 **Drucksache** 17/**11116**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Susann Biedefeld SPD**

Drs. 17/**9795**, 17/**10892**

Pflegenotstand entgegenwirken – Potenziale von Migrantinnen und Migranten nutzen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege sowie dem Ausschuss für Bildung und Kultus zeitnah schriftlich und mündlich über die Chancen und Möglichkeiten zu berichten, eine (Alten-)Pflegehilfeausbildung speziell für Migrantinnen und Migranten mit geringen Sprachkenntnissen in Bayern zu implementieren, bei der neben der beruflichen Qualifikation ein großes Augenmerk auf dem Spracherwerb liegt – ähnlich dem baden-württembergischen Modell.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Bevor ich abstimmen lasse, teile ich Ihnen mit, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner gestrigen Sitzung den Antrag der Abgeordneten Schreyer-Stäblein, Dr. Rieger, Brückner und anderer und Fraktion (CSU), Aiwanger, Streibl, Dr. Fahn und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Subsidiaritätsangelegenheit – Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen von Dienstleistungen", Drucksache 17/10874, zugestimmt hat.

(Unruhe)

– Wir haben Zeit.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Wir auch!)

– Danke, es passt schon. – Im Einzelnen verweise ich hierzu auf den für Sie aufgelegten Antrag und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses. Die Subsidiaritätsangelegenheit ist die Nummer 1 der aufgelegten Liste.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den Voten der einzelnen Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimme. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Jetzt komme ich zurück zur Zweiten Lesung des Gesetzentwurfs der Staatsregierung zur Änderung des Lehrerbildungsgesetzes und zum Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 17/9699, der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/11005 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus auf der Drucksache 17/10935.

Vorweg ist über den von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingereichten Änderungsantrag auf der Drucksache 17/11005 abzustimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die Fraktion der CSU. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Zum Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus Zustimmung mit der Maßgabe, dass der Satz 1 im neu einzufügenden Artikel 5a Absatz 6 eine neue Fassung erhält. Im Einzelnen verweise ich hierzu auf die Drucksache 17/10935. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen stimmte bei seiner Endberatung der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zu. Ergänzend schlägt er vor, in § 2 als Datum des Inkrafttretens den "1. Mai 2016" einzufügen.

Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Änderung zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

(Zuruf von der CSU: Gibt es jetzt keine Namentliche?)

– Nein, Sie haben für die Schlussabstimmung eine Namentliche beantragt, das ist die dritte Abstimmung. Die kommt erst noch. – Bitte zeigen Sie die Stimmen an, wenn Sie zustimmen möchten. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die SPD, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

Für die Schlussabstimmung wurde von der CSU eine namentliche Abstimmung beantragt. Wir beginnen jetzt mit der Abstimmung. Fünf Minuten, bitte!– Noch eine Minute!

(Namentliche Abstimmung von 14.19 bis 14.24 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Stimmen werden außerhalb des Plenarsaals ausgezählt. Ich darf Sie bitten, jetzt wieder Platz zu nehmen.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit, eine Verfassungsstreitigkeit und die Anträge, die jeweils nicht einzeln zu beraten waren, zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein, Dr. Franz Rieger, Michael Brückner u.a. CSU,
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen
COM (2016) 128 final
BR-Drs. 114/16
Drs. 17/10874, 17/11079 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	Z

Verfassungsstreitigkeit

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 30. März 2016 (Vf. 13-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit

   1. des Art. 3 des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren, Volksentscheid und Volksbefragung (Landeswahlgesetz − LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2002 (GVBl S. 277, ber. S. 620, BayRS 111-1-I), zuletzt geändert durch Art. 10 a Abs. 1 des Gesetzes vom 23. Juni 2015 (GVBl S. 178),

   2. des § 13 der Wahlordnung für Landtagswahlen, Volksbegehren und Volksentscheide (Landeswahlordnung − LWO) vom 16. Februar 2003 (GVBl S. 62, BayRS 111-1-1-I), zuletzt geändert durch Art. 10 a Abs. 2 des Gesetzes vom 23. Juni 2015 (GVBl S. 178)

   PII/G 1310.02-0013
   Drs. 17/10932 (E)

   I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
   II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
   III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

   Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Studie über das Unrecht der Heimerziehung und die Folgeschäden bei den ehemaligen Heimkindern in Bayern
   Drs. 17/8400, 17/10782 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	ENTH	Z

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Alternativen zur Heimunterbringung für pflegebedürftige ehemalige Heimkinder – Spezialisierte Beratungsangebote und ambulant betreute Wohnmöglichkeiten sicherstellen
Drs. 17/8402, 17/10875 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	A	Z

5. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen u.a. SPD
Inklusion jetzt: Lehrerbildung im Zeichen der Inklusion
Drs. 17/8714, 17/10895 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ausweitung der Sondermaßnahme für die Lehrkräfteversorgung auch für Schulen in freier Trägerschaft
Drs. 17/9349, 17/10896 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD
Pflegenotstand entgegenwirken - Potenziale von Migrantinnen und Migranten nutzen
Drs. 17/9795, 17/10892 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bedarfsermittlungsstudie zum Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen und Kinder in Bayern unverzüglich vorlegen.
Drs. 17/9834, 17/10876 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Managementpläne der Natura 2000-Gebiete veröffentlichen
Drs. 17/9812, 17/10884 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Chancen für Bayerns Milcherzeuger nutzen − Installation eines "Weidemilchlabels" vorantreiben
Drs. 17/9841, 17/10900 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Gefahren für die Honigbiene durch Pflanzenschutzmittel mit den Wirkstoffen Sulfoxaflor bzw. Flupyradifurone
Drs. 17/9845, 17/10901 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Verzögerung der Sanierung des Staatstheaters am Gärtnerplatz
Drs. 17/9855, 17/10899 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nein heißt nein! − Strafbarkeitslücken im Sexualstrafrecht schließen
Drs. 17/9918, 17/10908 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Reinhold Bocklet, Eberhard Rotter, Erwin Huber u.a. CSU
Bericht über Angebotsverschlechterung bei Regionalzügen auf der Strecke nach Lindau
Drs. 17/9976, 17/10898 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer u.a. CSU
Hochwasserschutz und Grundwasserspiegel stärken − mehr Wasser in den Wäldern versickern lassen
Drs. 17/9990, 17/10885 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer u.a. und Fraktion (CSU)
Mantelverordnung − bayerische Praxis bei der Verfüllung beibehalten
Drs. 17/10009, 17/10886 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH	Z	A

17. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Neue Berechnungsmethode für Flächenverbrauch
Drs. 17/10151, 17/10888 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Inklusion vorantreiben − Bilanz der schulartunabhängigen Beratung
Drs. 17/10156, 17/10893 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Bayerischer Naturschutzfonds I –
Mittelausstattung und Mittelverwendung sowie Zahlen zur Förderung des Flächenerwerbs
Drs. 17/10172, 17/10889 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. und Fraktion (SPD)
Bücherverkauf des Museums Otto Schäfer in Schweinfurt
Drs. 17/5720, 17/10920

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.

21. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Begleitung der kommentierten Ausgabe von "Mein Kampf"
Drs. 17/6174, 17/10921

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.

22. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Aufnahme in die FOS 13 auch mit Notendurchschnitt bis 3,0
Drs. 17/7158, 17/10894 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.

23. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lohndumping in staatlicher Verantwortung stoppen – Wissenschaftliche Volontariate angemessen entlohnen!
Drs. 17/7653, 17/10757

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.